Sehr geehrte Frau Präsidentin,
Damen und Herren Abgeordnete,
verehrte Vertreterinnen und Vertreter des Berliner Senats,
meine Damen und Herren,

ich nutze heute die Gelegenheit, nicht nur auf den BAB-Tätigkeitsbericht für 2023 einzugehen, sondern anknüpfend an 35 Jahre Friedliche Revolution und Mauerfall, einen etwas breiteren Blick zu werfen: *„Haltet die Freiheit hoch!"* war der Slogan rund um den 9. November 2024. Kulturprojekte und alle Beteiligten haben – wie immer unter immensem Zeitdruck, aber dafür mit viel Engagement – eine beeindruckende Jubiläumsfeier hinbekommen.

Mehr als 500.000 Menschen konnten an einer viereinhalb Kilometer langen Strecke entlang des früheren Grenzverlaufs die Open-Air-Installation aus 7.000 Plakaten und das Angebot auf den dezentralen Bühnen sehen. Am schönsten fand ich, dass Tausende Menschen am Brandenburger Tor „Never Let Me Down" sangen und den Abschluss auf dem Campus für Demokratie. 5.000 Menschen strömten an einem wirklich kalten Sonntag auf das frühere Stasi-Gelände. Sie zeigten wieder einmal, welcher Magnet der Campus sein kann, wenn man das richtige Angebot schafft – und das nicht nur im Sommer zum Campus-Kino.

Auch gestern boten das Bundesarchiv, die Robert-Havemann-Gesellschaft, das Stasi-Museum und andere wieder ein reichhaltiges Programm anlässlich des 35. Jahrestages der Besetzung der Geheimdienstzentrale, heute Campus für Demokratie.

Wenn wir an die wenigen positiven Ereignisse in der deutschen Geschichte wie die Friedliche Revolution, den Sturz der Mauer und dieses Jahr die Deutsche Einheit erinnern, dürfen wir eins nicht vergessen: Dem gingen Jahrzehnte des Widerstandes und der oppositionellen Arbeit gegen die kommunistische Diktatur voraus. Es braucht mutige Menschen und oft einen langen Atem, um Diktaturen zu Fall zu bringen. Und das gilt nicht nur für die Geschichte der Friedlichen Revolution.

Deshalb hat es mich auch besonders gefreut, dass wir zum 35. Jahrestag mit der Axel Springer Freedom Foundation und Visit Berlin eine Reihe von Dissidentinnen und Dissidenten aus aller Welt zu Wort kommen lassen konnten. Menschenrechtsaktivisten aus China, Belarus, Venezuela und dem Iran sprachen über ihre heutigen Freiheitskämpfe und auch die Hoffnung, die ihnen unsere Friedlichen Revolution gibt. Ich danke in diesem Zusammenhang insbesondere Präsidentin Cornelia Seibeld, dass sie die Idee zur Ausstellung „China ist nicht fern" hier vor dem Abgeordnetenhaus sofort mitgetragen hat.

Wir sahen dabei einmal mehr, wie eng die leitenden Fragen der Vergangenheit mit den Werten der Gegenwart zusammenhängen: Freiheit und Menschenrechte, Frieden und Demokratie – das sind die Koordinaten, die unser aller Arbeit immer begleiten. Wer damals wie heute Menschen systematisch bedroht, verfolgt, einsperrt und sogar tötet, agiert weder freiheitlich noch friedlich gegenüber seiner eigenen Bevölkerung oder gegenüber anderen.

Und wenn unter dem Deckmantel des Schlagwortes „Frieden" damals wie heute Menschen und ihre freiheitlichen Rechte unterdrückt werden sollen, kann dem nur widersprochen werden!

Das gilt für die Verklärung der DDR als Friedensstaat. Und das gilt für Behauptungen auf Wahlplakaten, Friedenspartei zu sein oder dem Frieden „eine Heimat“ zu geben. Denn dahinter steht bei vielen schlussendlich, dass sie hinnehmen, dass Menschen unterworfen und ihres freien Willens, ihrer Freiheit, Rechte und Würde beraubt werden sollen.

Die Schicksale, die uns in unserer täglichen Arbeit begegnen, zeugen von all dem. Viele in der SED-Diktatur politisch Verfolgte benötigen auch heute noch professionelle Hilfe, um mit den psychischen und sozio-ökonomischen Folgen von Haft, Verfolgung und beruflicher Benachteiligung umgehen zu können. Die Erfahrungen, die viele mit den DDR-Behörden gemacht haben, hallen oft so deutlich nach, dass die Unterstützung von Beratungsstellen nötig ist, um überhaupt Ämter kontaktieren und Rehabilitierungen und Entschädigungen beantragen und durchsetzen zu können.

Die direkte Hilfe für Betroffene ist und bleibt deshalb ein besonders wichtiger Teil meiner Arbeit. Die Beraterinnen und Berater beim BAB verzeichneten 2023 sogar eine Zunahme an Beratungssuchenden. Die Anfragen von Betroffenen, die in DDR-Spezialkinderheime und Jugendwerkhöfe eingewiesen wurden, sind inzwischen ein wesentlicher Schwerpunkt.

Neben unseren eigenen Unterstützungsangeboten konnten wir rund 8.000 Beratungsgespräche in den von uns geförderten Einrichtungen ermöglichen. Das Bürgerbüro, die Beratungsstelle Gegenwind, die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft oder die Vereinigung der Opfer des Stalinismus leisten ganz essenzielle Arbeit. Der Beratungsbedarf bleibt hoch und braucht Expertise – zumal viele Träger berichten, dass die an sie herangetragenen Fälle an Komplexität zunehmen.

Wir unterstützen ehemalige Verfolgte der SED-Diktatur außerdem in wirtschaftlichen Notlagen. Wenn andere Leistungsträger nicht zuständig sind, versuchen wir mit dem Härtefallfonds ganz direkt zu helfen.

Und weil Aufklärungsarbeit über die Diktatur – wie man immer wieder sieht – nach wie vor nötig ist, fördern wir zahlreiche Bildungs-, Vermittlungs- und Diskussionsformate. Mit dem digitalen Totenbuch „Erschossen in Moskau …“ über die in Russland verscharrten deutschen Opfer des Stalinismus möchte ich hier nur ein Beispiel für die Projektförderung nennen.

Unser hauseigenes Bildungsteam legt besonderen Wert darauf, sich vor allem an unterschiedlichste Generationen zu wenden, um die Geschichte und die Folgen der kommunistischen Diktatur zu vermitteln. Besondere Euphorie herrscht immer bei unseren Kinder- und Jugend-Angeboten. Wir begleiteten zum Beispiel ein Ausstellungsprojekt am Dreilinden-Gymnasium zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953. Die Kinder waren ganz besonders stolz, dass der Regierenden Bürgermeister ihre Ausstellung eröffnet hat.
Unsere Schullesungen und Schulkinoveranstaltungen erfreuen sich nach wie vor größter Beliebtheit. 2023 nahmen daran über 2.000 Schülerinnen und Schüler (ab 4. Klasse aufwärts) teil.

An dieser Stelle auch vielen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die all die Aktivitäten möglich machen.

Im Übrigen: Wer bisher keine Gelegenheit hatte, eine unserer Veranstaltungen zu besuchen, bekommt dazu am 18. März 2025 – quasi frei Haus – die Möglichkeit.
Ich freue mich sehr, dass wir gemeinsam mit der Präsidentin des Abgeordnetenhauses hier im Casino eine Podiumsdiskussion durchführen, bei der es um ostdeutsche Blicke auf Revolution und Einheit von der anderen – nämlich der Westseite – der Mauer geht.

Ich könnte hier noch lange über unsere Bildungsformate, Kooperationsveranstaltungen und Publikationen sprechen, das können Sie aber auch alles im Tätigkeitsbericht nachlesen.
Das Jahr 2025 startet mit all seinen Herausforderungen und Aufgaben für Sie und mich.

Lassen Sie mich zum Schluss daher noch eins anmerken: Die Begegnungen mit den Dissidenten aus aller Welt im Umfeld des 9. November haben mir einmal mehr gezeigt, dass wir unsere erkämpfte Freiheit – ganz im Sinne des Slogans *„Haltet die Freiheit hoch!“* – nicht hoch genug wertschätzen können und sie bewahren sollten – nicht nur sollten, sondern müssen. Heute streiten Menschen überall auf der Welt wieder dafür. Und ich kann nur dafür plädieren, sie – im Kleinen wie im Großen – zu unterstützen, indem wir Zeichen setzen.

Ich muss oft daran denken, dass es für Inhaftierte in der DDR z. B. sehr wichtig war, durch Postkarten aus dem Westen zu wissen, dass sie nicht vergessen werden. Heute gibt es immer wieder Postkartenaktionen für politische Gefangene in Belarus oder Russland. Sie sind nicht nur moralische Unterstützung, sondern setzten auch das Signal, dass es in der Öffentlichkeit bekannt würde, sollten die Adressaten „verschwinden“.

Zu den Zeichen gehört es auch, den 8. Mai dieses Jahres nicht aus dem Blick zu verlieren. Die russische Propagandamaschine wird dieses für Deutschland und Europa so wichtige Datum mit ziemlicher Sicherheit und großem Aufgebot für ihre Zwecke nutzen und interpretieren. Als Befreiung vom Nationalsozialismus und zugleich Beginn von kommunistischer Diktatur und der Teilung Berlins ist es nicht nur eine gesamtberliner, sondern auch eine gesamtdeutsche Angelegenheit, sich mit diesem Datum auseinanderzusetzen.

Jeder Demokrat muss sich gut überlegen, ob er den Stadtraum den Feinden der Demokratie überlassen will.

Vielen Dank!